Krebs ist eine Frage der Menschenrechte

bcaction.de/krebs-eine-frage-der-menschenrechte

7. Dezember 2010

(Last Updated On: 7. Dezember 2010)
Die EU soll den Schutz der BürgerInnen vor Krebs verursachenden Chemikalien verbessern. Das berichtete Martha Moss aus einer Diskussion im EU-Parlament in „The Parliament“ vom 30.11.2010

Eine europäische Frage

Sirpa Pietikäinen - Finnische Europa-Abgeordnete für mehr Umweltverantwortung der EU

Die meisten Wirkungen dieser Chemikalien seien unsichtbar, was es nicht leichter macht, die Zusammenhänge zwischen Krebserkrankung und diesen Umweltschadstoffen zu erkennen, so EVP-Stellvertreterin Sirpa Pietikäinen aus Finnland. Es sei jedoch wichtig, für mehr Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit Umweltschadstoffen zu sorgen, und das passiere bisher zu wenig. Umweltpolitik sei eine europäische Frage, während die Gesundheitspolitik in die nationale Zuständigkeit falle. Aber in Umweltfragen könne das EU-Parlament auf EU-Ebene für in allen Ländern bindende Beschlüsse sorgen.

Sandra Steingraber: Ökonomie und Chemiekalien trennen

Auch Sandra Steingraber, die amerikanische Biologin und Umweltaktivistin, die mit ihrem Buch und der nun auch verfügbaren filmischen Dokumentation >>> Living Downstream unermüdlich auf Umweltgifte und die Folgen für unsere Gesundheit und die zunehmende Zahl der Krebserkrankungen hinweist, formulierte für Europa die Verantwortlichkeit der Regierungen, wirksame Maßnahmen zum Gesundheitsschutz umzusetzen. Sie selbst ist als Kind mit Substanzen, wie sie in chemischen Reinigungen eingesetzt werden, kontaminiert worden und im Alter von 20 Jahren an Krebs erkrankt, so wie einige ihrer nächsten Angehörigen auch. „Wir müssen unsere Ökonomie von diesen Chemikalien trennen“ (We need to divorce our economy from those chemicals), so Steingraber in „The Parliament“. **Krebs sei eine Frage der Menschenrechte, und die zunehmenden Beweise dafür, dass Umweltbelastungen eine viel größere Rolle bei der Entstehung von Krebs spielten, als bisher zugegeben würde, führe auch zu einer moralischen Verantwortung, den Blick auf diese Chemikalien zu richten und sie aus der Nahrung und dem Wasser zu entfernen. Im Sinne eines vorsorgenden Gesundheitsschutzes könne es nicht erwünscht sein, dass wir uns Krebs erregenden Stoffen aussetzten.** Der Erfolg gegen die Tabaklobby sei ein Anfang, der beispielhaft dafür ist, wie auch andere Krebs verursachende Stoffe erfolgreich bekämpft werden könnten. Krebs verursachende Stoffe sollten nicht mehr selbstverständlich als

normal akzeptiert werden. Doch der Weg zu dem von Sandra Steingraber geforderten Löschen dieser Substanzen aus wirtschaftlichen Zusammenhängen wird allein deshalb nicht so leicht sein, weil viel Geld damit verdient wird.

Bekannte Umweltgifte und Karzinogene seien bestimmte Pestizide, und das Engagement, die gefährlichen Stoffe vom Markt zu nehmen, müssten beschleunigt werden, forderte Genon Jenson, der die europäische Health and Environment Alliance HEAL leitet. HEAL befasst sich bereits länger auch mit Brustkrebs und Umweltbelastungen und hat dazu sogar einen Flyer in deutscher Sprache veröffentlicht: Brustkrebs – Verhindern, was zu verhindern ist (>>> Download als pdf).

Andrew Watterson von HEAL und der englischen University of Stirling gehörte auch zu den Initiatoren des Hearings im EU-Parlament vom vergangenen Montag, bei dem WissenschaftlerInnen, EU-Abgeordnete und Gesundheitsorganisationen Umweltbelastung und Krebsentstehung diskutierten. Watterson erwartet einen weiteren Anstieg der Krebserkrankungsraten von 14% bis zum Jahr 2020.

Weiterlesen:

EU urged to protect citizens from cancer-causing pollutants (The Parliament, Martha Moss – 30.11.2010)

WECF – AKF-Veröffentlichung: Die verkannte Gefahr – Brustkrebs und Umweltbelastung (pdf zum Download)

Bildnachweis: Sirpa Pietikäinen @ Wikipedia, Creative Commons 3.0